

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 80 36/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Moritz Thape, bremischer Senator für Bildung, fordert mehr Hilfe für ausländische Schüler in der Bundesrepublik.

Seite 1-3

Eckart Kuhlwein MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, setzt sich für mehr Rücksicht auf Radfahrer ein.

Seite 4/5

Sorgen haben die Männer - Haarsträubendes vom letzten Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 168

3. September 1979

Umfassendes Hilfsprogramm tut not

Ausländische Schüler müssen noch mehr gefördert werden

Von Moritz Thape

Senator für Bildung der Freien Hansestadt Bremen

Im Schuljahr 1978/79 haben zum ersten Mal mehr als eine halbe Million ausländische Schüler die Schulen in der Bundesrepublik Deutschland besucht, davon 486.300 die allgemeinbildenden Schulen. Der Anteil der ausländischen Kinder an der Gesamtschülerschaft von gegenwärtig rund fünf Prozent wird 1985 voraussichtlich auf über 20 Prozent ansteigen. Es wird dann Schulen in bestimmten Stadtteilen der Großstädte mit einem Ausländeranteil von über 40 Prozent geben. Diese Zahlen gehen aus einer Vergleichserhebung des Bremer Senators für Bildung und aus einer von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgelegten Statistik hervor, die sämtliche ausländischen Schüler, also nicht nur die Gastarbeiter-Kinder im engeren Sinne umfaßt; sie freilich stellen den ganz überwiegenden Teil der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik.

Ohne umfassendes Hilfsprogramm ist damit zu rechnen, daß die Situation sich auf diesem Gebiet verschlechtert, denn die ausländischen Schüler werden sich bei gleicher Bildungsbe- teiligung wie bisher in der Hauptschule konzentrieren. Im ge- samten Bundesgebiet werden türkische Kinder überwiegen, die von ihrer Herkunft und Erziehung her besonders schwierig in das Schulwesen einzugliedern sind. Es ist unsere Aufgabe, diese Kinder fähig zu machen, mit uns zusammenzuleben, und zwar als gesellschaftlich anerkannte, gleichwertige Menschen, ohne ihre persönliche Identität und Eigenständigkeit zu ver- lieren. Würden wir dies nicht leisten, wären soziale Kon- flikte unausweichlich.

Obwohl die ausländischen Schüler bisher nicht unerheblich ge- fördert worden sind, gibt es nach wie vor ungelöste Probleme. Das zeigt ein Blick auf die Schulabschlüsse des Schuljahres 1977/78:

	ausl. Schüler und Umsiedler	Deutsche
ohne Hauptschulabschluß	25 Prozent	8 Prozent
mit Hauptschulabschluß	50 Prozent	29 Prozent
mit Realschulabschluß	14 Prozent	37 Prozent
mit Gymnasialabschluß	11 Prozent	26 Prozent

Den steigenden Anteil ausländischer Schüler an der Gesamtzahl der Schüler in der Bundesrepublik verdeutlicht diese Entwicklung: Im Schuljahr 1978/79 waren es an Grund- und Hauptschulen 7,4 Prozent, an Sonderschulen 5,4 Prozent, an Gymnasien 1,6 Prozent und an Realschulen 1,5 Prozent. Deutlich über diesen Durchschnittszahlen für das gesamte Bundesgebiet lag freilich Bremen bei den Grundschulen und Hauptschulen mit 11,7 Prozent im Schuljahr 1978/79 (im Schuljahr 1976/77 = 6,6 Prozent) und bei den Realschulen mit 2,8 Prozent im Schuljahr 1978/79 (im Schuljahr 1976/77 = zwei Prozent).

Bildungsangebot weiter entscheidend verbessern

Die Aufgaben auf dem Sektor der Beschulung der ausländischen Kinder sind nicht leicht zu bewältigen. In Bremen haben wir versucht an diesem wichtigen Punkt das Bildungsangebot entscheidend zu verbessern. Folgende Maßnahmen wurden ausgebaut beziehungsweise eingeleitet:

- zusätzlicher Deutschunterricht, der als zentrale Hilfestellung zu verstehen ist, denn nur dadurch können die vorhandenen Sprachbarrieren schnell abgebaut und die Ausbildungschancen genutzt werden. Förderungsbedürftig sind rund 60 Prozent aller ausländischen Schüler
- allgemeine unterrichtliche Förderung: Die Klassen mit hohem Ausländeranteil müssen kleiner werden. Das soll dadurch geschehen, daß alle förderungsbedürftigen Schüler beim Berechnen des Lehrerbedarfs doppelt gezählt werden.
- aufgabenbezogene Lehrerausbildung: Bremen braucht genügend Lehrer, die den speziellen Eingliederungsproblemen differenziert und erfolgversprechend begegnen können. Seit April 1978 läuft bereits an der Universität Bremen ein entsprechendes Modellprojekt, an dem 20 Lehrer teilnehmen. 1979 und 1980 werden hier zwei weitere Ausbildungsgänge durchgeführt.
- Unterricht in der Muttersprache anstelle einer Fremdsprache: Im Sekundarbereich I (Klassen 5 bis 10) und im Sekundarbereich II (Klassen 11 bis 13) wird künftig den



ausländischen Schülern die Möglichkeit gegeben, statt des Unterrichts in einer verbindlichen Fremdsprache Unterricht in der Muttersprache zu bekommen.

Die schnelle Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache und die Doppelzählung ausländischer Schüler helfen sowohl den ausländischen Kindern als auch den deutschen dadurch, daß der normale Klassenunterricht von diesen Problemen erheblich entlastet wird. Alle diese Maßnahmen lassen sich aber nur mit zusätzlichem Personal verwirklichen: Neben den bis 1977 bewilligten 38 Lehrerstellen für Ausländer und Umsiedler im allgemein- und im berufsbildenden Bereich stehen in Bremen in diesem Jahre insgesamt 101 Stellen und 1983 214 Stellen gesichert zur Verfügung.

Weiteres Ziel ist, für die ausländischen beruflichen Schüler eine berufliche Qualifikation oder zumindest Teilqualifikation zu erreichen. Deshalb sollten die ausländischen Jugendlichen in der Regel ein berufliches Vollzeitschuljahr besuchen, das sie auf ein Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis angemessen vorbereitet. Deshalb richtet sich das von Bremens Senat beschlossene Ausbildungsplatzförderungsprogramm, das bis 1985 300 Millionen DM erfordert, sich auch an ausländische Jugendliche, die es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz in der Wirtschaft zu finden. Für sie werden Ausbildungsplätze in der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß angeboten. Die personellen und investiven Mittel sind bei uns in Bremen dafür bereitgestellt worden.

65.000 ausländische Schüler besuchten im letzten Schuljahr eine berufliche Schule in der Bundesrepublik, 6.000 Schüler mehr als im Jahr davor. Die Anteile der ausländischen Schüler an den Schülergesamtzahlen der beruflichen Schulen lagen zwischen knapp zwei Prozent und 3,1 Prozent. Deutlich über diesen Durchschnittswerten für das gesamte Bundesgebiet lagen 1978/79 bei den Berufsschulen Berlin (7,1 Prozent) sowie Baden-Württemberg und Hessen (je 4,2 Prozent), bei den Berufsfachschulen Hamburg (5,9 Prozent) und Berlin (4,5 Prozent) sowie bei den Fachschulen Bremen (5,3 Prozent), Bayern (5,2 Prozent) und Berlin (4,8 Prozent). (-/3.9.1979/hj/hgs)

+ + +



"Herz für Kinder" ist gefragt**Radfahren - noch immer ein Risiko**

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Wer sich von der Energiekrise dazu bewegen läßt, im Urlaub das Auto in der Garage zu lassen und mit dem Fahrrad auf große Tour zu gehen, gehört trotz gewaltig steigender Verkaufszahlen für die pedalgetriebenen Zweiräder noch immer zu den Bürgern zweiter Klasse. Das wird noch deutlicher, wenn er in einer größeren Gruppe fährt oder sich gar mit Jugendlichen auf die Rolle wagt. Den Autofahrern ist er ein lästiges Verkehrshindernis, in den Gasthöfen haben gutzahlende Bustouristen Vorrang, auf den Zeltplätzen bekommt er für teures Geld den Platz am Ende hinter den Sommerhaus-Caravans angewiesen und muß noch froh darüber sein, daß er überhaupt bleiben darf.

In einer Gesellschaft, die soziale Klassierung noch immer am Hubraum der Autos orientiert und den Urlaubserfolg an der Menge der zurückgelegten Kilometer mißt, wird es schwer sein, Einstellungen und Verhaltensweisen zu ändern. Aber wenn es richtig ist, daß Ferien oder Urlaub aktiv erlebt und gestaltet werden müssen, wenn sie körperliche, geistige und seelische Entspannung bringen sollen, dann müssen Wandern und Radfahren bei denjenigen wieder stärker berücksichtigt werden, die Infrastruktur und Dienstleistungen für die schönsten Wochen des Jahres anbieten.

Größtes Risiko auf Fahrradtouren ist noch immer der Straßenverkehr. Radfahrwege fehlen bei den meisten Bundesstraßen. Feldwege und Kreisstraßen sind nicht immer eine Alternative. Autofahrer wissen selten, daß eine Fahrradkolonne oder einzelne daraus sich unberechenbar verhalten können. Eine Fahrradkolonne mit Jugendlichen ist bei aller Disziplin immer eine potentielle Unfallquelle. Autofahrer mit entsprechenden Plaketten am Heckfenster sollten wirklich "Herz für Kinder" zeigen, indem sie den Fuß vom Gaspedal nehmen. Ob der Bundesverkehrsminister einmal eine entsprechende Konzession



in seine Aufklärungsprogramme aufnehmen könnte?

Die Gastronomie könnte preiswerte Touristen-Mahlzeiten in ihr Programm aufnehmen und für Fahrrad-Abstellplätze sorgen. Und wie wäre es, wenn für die ausgetrockneten Kehlen von Radlern Getränke angeboten würden, die im Preis günstiger sind als Bier? Vielleicht könnte man auf diese Weise sogar den Butterberg abbauen helfen?

Das schwierigste Problem für eine Jugendgruppe zu Fahrrad ist jedoch die Übernachtung. Wenn man sich vorweg im einzelnen nicht festlegen will, weil Improvisation und Abenteuer Urlaubserfahrungen eigener Art sind, dann scheiden Jugendherbergen aus. Zeltplätze, die vom Preis und von der Gestaltung her auf jugendliche Radler eingestellt sind, fehlen fast völlig. Ihr Bewegungsdrang und ihre natürliche Lautstärke kollidieren mit den Interessen von Caravon-Fahrern und Dauercampers. "Wildes" Zelten jedoch ist durch Naturschutz- und Ordnungsbehörden immer stärker eingeschränkt worden. Wie wäre es denn, wenn in der Ferienzeit Sportplatzanlagen, Schulen und Schwimmbäder mit ihren sanitären Einrichtungen stärker als improvisierte Zeltplätze für junge Leute und vor allem für Jugendgruppen genutzt würden?

Unser Freizeitverhalten wird sich schrittweise verändern. Die Freizeitindustrie, die die Freizeit vermarktet, wird sich vermutlich rechtzeitig darauf umstellen. Staatliche Aufgabe ist es, die Infrastruktur entsprechend zu verändern. Und öffentliche Aufgabe ist es ebenfalls, dafür zu sorgen, daß auch diejenigen zu ihrem Recht kommen, die andere Angebote brauchen als der Massentourismus und die weniger dafür bezahlen können. Die Lösung der Probleme ist manchmal ganz einfach. (-/3.9.1979/ks/10)

+ + +



Parteitagsresolution Nr. 7

Schweizer Sozialdemokraten: An ihren Haaren sollt ihr sie erkennen...

Ein Beitrag zur Saure-Gurken-Zeit

Was sich Frauen schon bald seit einem Jahrhundert ungestraft leisten können, Dauerwellen meine ich in diesem Fall, das können sich die Männer immer noch erst unter erschwerter Bedingungen, um es zahm auszudrücken, erlauben. Es stimmt halt schon: Auch Männer werden manchmal diskriminiert.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, nein, es war eigentlich sogar Pflicht, daß unter vielen anderen Resolutionen unsere frisch dauergewellten Genossen am SPS-Parteitag in Bern eine Resolution in eigener Sache verabschiedet haben wollten.

Peter Vollmer, hoffnungsvolles Nachwuchstalent unserer Bewegung, schlug mit seiner gewohnt grundsätzlichen Rhetorik vor, der Parteitag habe festzuhalten, daß kein Mann wegen Dauerwellen, Toupet oder sonstiger Modegags zu diskriminieren sei. Die Verabschiedung dieser Resolution sei sehr wichtig, weil die SPD damit einmal mehr das Postulat "Gleiche Rechte für Frauen und Männer" unterstreiche. Außerdem mache sich diese Resolution auch für die Wahlen bezahlt. Viele Dauergewellte und sonst modebewußte Herren würden zwar gerne der SP ihre Stimmen geben, kämen sich im Moment aber einfach noch etwas deplaziert vor. Unterstützt wurde dieser Antrag dann von verschiedener Seite. Unter anderem auch vom SPS-Zentralsekretär Christoph Berger.

Bekämpft wurde die Resolution aber auch, vor allem von Andreas Gerwig. Er fand ebenso grundsätzlich wie Genosse Vollmer, man dürfe das Instrument der Resolution einfach nicht aushöhlen. Weniger sei mehr, und deshalb müsse man gewichten. Und nach seiner Gewichtung müsse die Dauerwellen-Resolution jetzt einfach mindestens noch ein Jahr warten. Es gäbe im Moment wirklich Brisanteres zu unterstützen.

Genosse Berger sprach Andreas Gerwig die Legitimation, sich zu diesem Thema zu äußern, aber ganz einfach ab. Er, Gerwig, sei ohnehin schon ziemlich schön und seine Haare seien nun einmal von Natur aus interessant meliert und gewellt. In dieser komfortablen Lage seien aber eben nicht alle Genossen. Und er solle doch auch in diesem Fall ein Herz für die Benachteiligten zeigen, wie er es sonst ja auch tue. - Nach langem Hin und Her wurde die Resolution schließlich abgelehnt. Es wurde aber betont, daß jeder Genosse in Haar- und Kleiderwahl völlig frei sei. Und wer einen Genossen wegen solcher Äußerlichkeiten auslache, der disqualifiziere sich selbst, worauf einer, Stefan Portman, nämlich, der Filmer von Solothurn, hörbar aufschnaufte.

Es zeigte sich dann, daß Peter Vollmer noch mehr Sozialistisches zu diesem Thema anzubringen hatte. Er forderte in einem zweiten Referat, daß man sich immerhin den Gedanken einer Alternativ-Coiffeursalons-Kette überlegen sollte. Und zwar eine für Männer;



die Frauen hätten ja auch Ihre eigenen Beizen. Etwas nämlich störe ihn schon, er schäme sich deswegen fast ein bißchen, auch wenn er sonst voll und ganz hinter seiner Dauerwelle stehe: Natürlich könne er sich, als Uni-Assistent und Präsident der stadtbörmischen Sozialdemokraten, eine solche Dauerwelle leisten. Aber es gäbe viele Genossen, die zwar gern eine hätten, aber die 80 Franken alle zwei Monate nicht zahlen könnten. Weshalb also nicht eine Frisier-Kette auf genossenschaftlicher Basis?

Geraune durch die Parteitage, dann aber Unterstützung noch und noch. Und zwar nicht von seiten der Dauerweller, sondern vor allem von seiten der Glatzenträger. Nationalrat Werner Meier eröffnete die Debatte. Für einmal müsse er Genosse Vollmer wirklich ganz und gar unterstützen. Seit Jahren sei ihm die Preisgestaltung der Coiffeurs unerklärlich. Zwar gäbe es bei ihm nur noch ein paar hundert Haare nachzuschneiden, dafür aber zahle er jedesmal genausoviel wie volle Haarschöpfe und Buscheköpfe. Ein Genossenschaftssalon, das wäre wirklich die Lösung. Unterstützung kam auch von bundesrätlicher Seite. Willi Ritschard meinte, mit einiger Selbstironie, ihm bereite Partei und Amt viele Sorgen, und er verliere deshalb wohl auch manchmal ein Haar. Aber noch ärgerlicher sei die Coiffeurrechnung; er frage sich, ob man bei Glatzköpfen, wie er sich selbst betitelte, jeweils noch einen Finderlohn draufschlage. Das sei dann wirklich zum Haarelassen. Sag's und gewann: Den Delegierten folgten ihrem Bundestag - wieder einmal - und begrüßten die Idee des Genossenschafts-Coiffeurs. Man will mit der Tür aber nicht ins Haus fallen, sondern die ganze Sache überdenken und die verschiedenen Arten von Genossenschaften prüfen.

Es wurde denn auch eine entsprechende Kommission eingesetzt, die von Konsumentenschützer Alfred Neukomm präsiert wird. Denn er ist mit Genosse Meier einig: Die Preisgestaltung der Coiffeurs ist undurchsichtig. Nur brannte ihn bis heute dieses Thema nicht so sehr auf der Haut, weil er eben einen völlig unproblematischen Haarschopf auf dem Kopf hat. Er entschuldigt sich, daß er das Problem etwas vernachlässigt habe, aber er brauche seine Haare wirklich nur zu waschen und an der Luft zu trocknen. Er brauche auch keinen speziellen Haarschnitt. Aber es sei schon so. Es gäbe natürlich auch problematischere Köpfe als seinen. Um sein bisheriges Versäumnis wieder gutzumachen verpflichtete er sich, als Präsident dieser Kommission rasch, wenn möglich noch vor den Wahlen, ein Projekt in Sachen Genossenschafts-Coiffeur-Kette vorzulegen. Auf das Ergebnis sind Hunderte von sozialistischen Glatz- und Dauerwellentragern gespannt. Die Debatte war ausgiebig und sicher auch sehr grundsätzlichsocialistisch. Inzudem kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Sorgen haben die Männer! Sag's und verziehe mich wieder auf einen herrlichen, nicht zu gewaschenen und allzu gepflegten Buschekopf.

- Auf bald. Eure Parteitags-Laus (-/3.9.1979/hj/hgs)

(entnommen: dem "Roten Heftli" - Die Frau in Leben und Arbeit" der Schweizer Sozialdemokratinnen)

